Stand: 09.09.2026 20:52:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5478

"Für Bayerns Kitas X - Unterschiede in den regionalen Herausforderungen in den bayerischen Kitas herausarbeiten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5478 vom 05.03.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6069 des SO vom 13.03.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025
4. Beschluss des Plenums 19/7172 vom 24.06.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 24.06.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 05.03.2025 **Drucksache 19/5478**

Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Dr. Simone Strohmayr, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD**

Für Bayerns Kitas X – Unterschiede in den regionalen Herausforderungen in den bayerischen Kitas herausarbeiten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, um die aktuellen Herausforderungen in den Kindertageseinrichtungen in Bayern besser erfassen zu können, die Datengrundlage zu verbessern. Ziel muss es sein, ein detailliertes Bild für ganz Bayern zu entwerfen, um regionale Ressourcenunterschiede aufzeigen zu können. Dies betrifft etwa die Auswirkungen des Personalmangels auf die Betreuung vor Ort, die Verteilung von Kindern mit Förderbedarf, mit nicht deutscher Familiensprache, mit Fluchthintergrund, mit Behinderung. Eine entsprechende Datengrundlage ist zum einen wichtig, um Ausbau- und Personalbedarfe noch genauer benennen und steuern zu können, zum anderen um zusätzliche Unterstützungsleistungen – ausgerichtet an den jeweiligen Bedarfen und Herausforderungen vor Ort – auf den Weg bringen zu können, beispielsweise in Form eines Sozialraumbudgets.

Begründung:

Die Staatsregierung hat bislang keine Übersicht darüber, in wie vielen Fällen Personalengpässe in Kitas in Bayern in den vergangenen Jahren und Monaten dazu führten, dass die Betreuung nicht mehr sichergestellt werden konnte. Es liegen demnach keine bayernweiten Daten vor, in wie vielen Fällen Gruppen aufgrund des Personalmangels nicht geöffnet werden können, obwohl die Plätze vorhanden wären, oder in wie vielen Fällen Träger bestehende Gruppen schließen mussten. Dies zeigen eine Anfrage der SPD-Fraktion und Recherchen des BR in Kooperation mit dem Recherchenetzwerk „CORRECTIV.Lokal“, dem Internetportal „FragDenStaat“ und weiteren Regional- und Lokalmedien aus ganz Deutschland. Auch in der Anhörung zur „Kita-Reform in Bayern (BayKiBiG)“ am 04.07.2024 im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie wurde von den Expertinnen und Experten vorgetragen, dass ein entsprechender Überblick zu den Auswirkungen des Personalmangels auf die verfügbaren Plätze bislang fehle, er jedoch wichtig sei, um Ausbau- und Personalbedarfe genauer beziffern zu können.

Grundsätzlich obliegt die Bedarfsplanung und -erfüllung im Kitabereich den Kommunen. Zugleich ist es jedoch Aufgabe des Landes, die Kommunen hierbei zu unterstützen – etwa durch Sonderinvestitionsprogramme für den Ausbau von Kitaplätzen oder den Ausbau von Fachakademien oder Studienplätzen zur Ausbildung von Fachkräften. Insofern ist es auch für die Staatsregierung von Interesse, über eine detaillierte Datengrundlage zu verfügen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Hinzu kommt, so zeigt es eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung („Kitas 2. Klasse?“), dass Mehrfachbelastungen und Ressourcenbenachteiligungen in Kitas ungleich verteilt sind und vor allem jene Einrichtungen betreffen, die von einem höheren Anteil an Kindern mit sozioökonomisch benachteiligtem Hintergrund besucht werden. Diese Einrichtungen brauchen somit gezielte Unterstützung – mehr Personal und eine bessere Ausstattung. Voraussetzung einer gezielten Steuerung der Unterstützungsleistungen ist jedoch eine detaillierte Übersicht zur Verteilung von Kindern mit Förderbedarf, mit nicht deutscher Familiensprache, mit Fluchthintergrund, mit Behinderung im Verhältnis zur Personalausstattung oder beispielsweise auch den räumlichen Gegebenheiten.

Auch in Bayern gibt es regionale Unterschiede in der Ausstattung der Kitas und den jeweiligen Herausforderungen vor Ort, darauf haben auch die Expertinnen und Experten im Rahmen der Anhörung hingewiesen. Allerdings liegen bislang (abgesehen von einem Nord-Süd-Gefälle beim Anstellungsschlüssel) keine vergleichbaren Daten vor.

Um regionale Chancenungerechtigkeit auszugleichen, hat Rheinland-Pfalz ein Sozialraumbudget geschaffen, mit welchen Kitas konzeptionell und passgenau aufgrund der Sozialraumanalyse unterstützt werden. Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe erhalten zusätzliche finanzielle Mittel des Landes zur Deckung von personellen Bedarfen, die in den Einrichtungen aufgrund ihrer Lage im Sozialraum entstehen können. Für mehr Chancengerechtigkeit von Anfang an wäre ein entsprechendes Programm auch in Bayern sehr wirkungsvoll.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 13.03.2025 **Drucksache** 19/**6069**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Drs. 19/**5478**

Für Bayerns Kitas X - Unterschiede in den regionalen Herausforderungen in den bayerischen Kitas herausarbeiten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatterin: **Melanie Huml**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 13. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   SPD: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung
über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich sämtliche Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags und Wahl einer Schriftführerin oder eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher jetzt über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

   Haushalt
   Der nächste langfristige Haushalt der EU
   (Mehrjähriger Finanzrahmen, MFR)
   - Leistung des EU-Haushalts
   - Verwendung von EU-Mitteln zusammen mit Mitgliedstaaten und Regionen
   - EU-Mittel für das auswärtige Handeln
   - EU-Mittel für Katastrophenschutz, Vorsorge und Reaktion auf Krisen
   - EU-Mittel für Wettbewerbsfähigkeit
   - EU-Förderung für den Binnenmarkt, und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden
   - EU-Mittel für grenzüberschreitende, allgemeine und berufliche Bildung und Solidarität, junge Menschen, Medien, Kultur und Kreativwirtschaft, Werte und die Zivilgesellschaft

   12.02.2025 - 07.05.2025
   Drs. 19/5480, 19/6235

   Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Landtag gibt die auf Drs. 19/6235 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	ENTH

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

   Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der Weg zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen
   COM(2025) 46 final; Ratsdok. 6184/25
   BR-Drs.78/25
   Drs. 19/5838, 19/6236

   Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Landtag gibt die auf Drs. 19/6236 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	ENTH

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. SPD
   Keine Abwälzung von Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen!
   Drs. 19/4674, 19/6160 (A)

   Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
   Bayern ist Honigland: Europäisches Referenzlabor im Freistaat ermöglichen
   Drs. 19/4731, 19/6058 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ergebnisse des Normenkontrollrates veröffentlichen!
Drs. 19/4753, 19/6076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan QUEER: alle Ministerien in die Pflicht nehmen – keine Kürzungen bei laufenden Projekten!
Drs. 19/4805, 19/6062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachrechnen ermöglichen – mehr Transparenz bei der Grundsteuerreform
Drs. 19/4815, 19/6161 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Bericht über Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Vergleichsstudie ICILS 2023
Drs. 19/4887, 19/6071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

9. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft: Zukunftssicherung mit günstigen Seltenen Erden
Drs. 19/4892, 19/6077 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Isar II sicherstellen
Drs. 19/4893, 19/6078 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Böltl, Andreas Schalk u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Der Staat als Kunde – Vergabeverfahren Startup-freundlicher gestalten
Drs. 19/4971, 19/6084 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Sonderurlaub bei Todesfall
Drs. 19/4983, 19/6063 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	**ohne**	A

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

13. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Ekel-Food kennzeichnen – Schockbilder auf Lebensmittel mit Insektenanteil anbringen!
Drs. 19/4985, 19/6087 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

14. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Windkraftausbau nicht auf Kosten der Umwelt forcieren I: Illegale Abfallentsorgung von Windenergieanlagen entschieden bekämpfen
Drs. 19/4993, 19/6088 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

15. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)
Windkraftausbau nicht auf Kosten der Umwelt forcieren II: Moratorium für bestehende Windkraftprojekte auf den Weg bringen
Drs. 19/4994, 19/6089 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

16. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen
Drs. 19/4997, 19/6162 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO_2-Abgabe abschaffen!
Drs. 19/5004, 19/6090 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD
Sprachstandstests korrekt umsetzen und Lehrkräfte angemessen entlohnen
Drs. 19/5019, 19/6072 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer u.a. SPD
Kein Maulkorb für die Kirchen – die Stimme der Menschlichkeit kann gar nicht laut genug sein
Drs. 19/5021, 19/6073 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Digitale Ausgabe von Parkausweisen für Handwerkerinnen und Handwerker, Handelsvertretungen und Soziale Dienste ermöglichen
Drs. 19/5087, 19/6098 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Gebührenbescheide an Drittligisten – Stadionallianzen ausbauen und Polizeikosten reduzieren
Drs. 19/5088, 19/6163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Zwischenergebnisse der Pilotprojekte zum Gebäudetyp E
Drs. 19/5092, 19/6099 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Alfred Grob u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anreize für den Lehrberuf erhöhen – Einstellungs- und Versetzungsverfahren optimieren
Drs. 19/5105, 19/6074 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	Z

24. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Helmut Schnotz, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Modernisierung des Förderwesens durch Einführung einer volldigitalen Förderplattform
Drs. 19/5124, 19/6079 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Biss in die Zukunft: Kostenloses Obst und Gemüse für alle Kinder in Bayern!
Drs. 19/5131, 19/6059 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Mehr Bundesmittel für die Eingliederungshilfe
Drs. 19/5133, 19/6064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

27. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Konzeption und Implementierung eines digitalen Finder-Systems für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung
Drs. 19/5169, 19/6065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

28. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Martin Wagle, Robert Brannekämper u.a. CSU
Neue Perspektiven zur Gewinnung von Spitzenforschern in zukunftsträchtigen Bereichen für den Wissenschaftsstandort Bayern stärken! Möglichkeiten nach dem Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten nutzen.
Drs. 19/5180, 19/6061 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Erkundung und Bewertung von Wasserstoffvorkommen in den Bayerischen Alpen
Drs. 19/5186, 19/6080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

30. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für eine Neuausrichtung von Provenienzforschung und Restitution in Bayern
Drs. 19/5187, 19/6060 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Koalitionsvertrag einhalten: Grundstückskäufe für die 3. Startbahn am Flughafen München sofort einstellen!
Drs. 19/5204, 19/6086 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Auswirkungen der CO_2-Abgabe auf die bayerische Wirtschaft eruieren und tragfähige Konzepte zum Schutz heimischer Unternehmen entwickeln
Drs. 19/5206, 19/6081 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solarstrom in Bayern effektiv nutzen und Abregelungen reduzieren – Netzengpässe beheben und weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ermöglichen
Drs. 19/5208, 19/6082 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Süßkartoffeln nicht als Genussmittel betrachten, Steuersatz anpassen!
Drs. 19/5392, 19/6085 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas VII – Zügige und unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse
Drs. 19/5475, 19/6066 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

36. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas VIII – Fachkräfte gewinnen
Drs. 19/5476, 19/6067 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas IX – Stärkung der Ausbildung
Drs. 19/5477, 19/6068 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

38. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas X – Unterschiede in den regionalen Herausforderungen in den bayerischen Kitas herausarbeiten
Drs. 19/5478, 19/6069 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
ALKIS-Freischaltung der Eigentümerdaten
Drs. 19/5678, 19/6100 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	A

40. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Carolina Trautner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung für Menschen mit Behinderung: Runder Tisch und weitere Verbesserungen für Eltern und Betroffene bei der Einrichtungssuche
Drs. 19/5752, 19/6070 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 24.06.2025 **Drucksache** 19/**7172**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Dr. Simone Strohmayr, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD**

Drs. 19/**5478**, 19/**6069**

Für Bayerns Kitas X – Unterschiede in den regionalen Herausforderungen in den bayerischen Kitas herausarbeiten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Doris Rauscher
Abg. Melanie Huml
Abg. Franz Schmid
Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Anton Rittel
Abg. Kerstin Celina
Staatsministerin Ulrike Scharf

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die **Tagesordnungspunkte 7 bis 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u. a. (SPD)
Für Bayerns Kitas VII - Zügige und unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse (Drs. 19/5475)

und

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u. a. (SPD)
Für Bayerns Kitas VIII - Fachkräfte gewinnen (Drs. 19/5476)

und

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u. a. (SPD)
Für Bayerns Kitas IX - Stärkung der Ausbildung (Drs. 19/5477)

und

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u. a. (SPD)
Für Bayerns Kitas X - Unterschiede in den regionalen Herausforderungen in den bayerischen Kitas herausarbeiten (Drs. 19/5478)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Doris Rauscher. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kitas in Not, so titelte vor Kurzem nicht nur der BR mit Blick auf den herrschenden Fachkräftemangel in Bayerns Kitas. Wir als SPD hier im Bayerischen Landtag betiteln

die Lage in den Kitas bereits seit Langem so; denn neu ist diese Erkenntnis leider nicht, im Gegenteil. Wir reden hier im Landtag eigentlich seit vielen Jahren über dieses Thema. Gehandelt wird vonseiten der Staatsregierung völlig unzureichend. Nun sehen wir uns mit einem der größten sozialpolitischen Probleme der Zeit konfrontiert, mit Auswirkungen auf die Kinder, das pädagogische Personal, die Träger, die Familien, die Wirtschaft und auch die Kommunen.

Bayerweit fehlen 19.400 Fachkräfte in unseren Kitas. Bis 2030 ist von gut 45.000 fehlenden Fachkräften die Rede. Der Personalmangel ist neben einer ausreichenden Finanzierung damit das größte Problem im Bereich der Kindertagesbetreuung, wie auch in der gesamten Kinder- und Jugendhilfe in Bayern übrigens. Es gab eine Zeit, in der Fachkräfte, die derzeit übrigens zunehmend das Arbeitsfeld verlassen, mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen hätten gehalten werden können. Aber auch hierzu waren Sie nicht bereit.

Die Folgen sind nun enorm für die Eltern, die auf ein gutes und verlässliches Platzangebot angewiesen sind, für das vorhandene Personal in den Kitas und natürlich vor allem für die Kinder. Der Personalmangel verschärft sich weiter auf Kosten der Verbliebenen. Die Belastbarkeitsgrenzen sind schon lange erreicht.

Schuld daran sind nicht die Beschäftigten der Kitas, nein, sondern Arbeitsbedingungen, die unter zu geringem politischen Gestaltungswillen leiden. Dafür, Frau Ministerin – willkommen hier im Plenum –, tragen Sie und die Bayerische Staatsregierung die politische Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ja, in den vergangenen Jahren hat sich ein bisschen was bewegt, zum Teil auch durch die ständige Thematisierung und auch auf Druck vonseiten der SPD-Fraktion, zum Beispiel bei der Reform der Erzieherausbildung. PiA haben wir thematisch hier ins Spiel gebracht. Ich denke, Sie erinnern sich.

Vor allen anderen Notwendigkeiten der Weiterentwicklung haben Sie viel zu viele Jahre die Augen verschlossen nach dem Motto: Es wird schon nicht so schlimm werden. Doch es ist schlimm; es ist sogar schlimmer als schlimm. Dieser Meinung sind nicht nur wir als SPD-Fraktion, sondern zum Beispiel auch über 9.000 Menschen, die sich an der Aktion "Wimpel für Wandel!" beteiligt haben. Auch sie fordern zu Recht Veränderungen und Verbesserungen für unsere Kitas.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, es wird Zeit, die Kinder, die Beschäftigten, die Eltern in diesem Notstand nicht länger alleinzulassen, sondern nun weitere Schritte auf den Weg zu bringen. Genau das wollen wir als SPD-Fraktion mit dem großen Kita-Antragspaket erreichen, das wir in letzter Zeit eingebracht haben. Die vier Anträge heute, aus diesem Paket herausgegriffen, weisen auf den großen Handlungsbedarf beim Fachkräftemangel hin.

Leider reicht die Zeit nicht, um noch einmal einzeln im Detail auf die Forderungen einzugehen. Aber es beginnt bei dem Ausbau von Studienplätzen in Sozial- und Kindheitspädagogik. Es geht um die zügigere und unkompliziertere Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Da haben im Ausschuss auch CSU und FREIE WÄHLER zugestimmt, muss man sagen. Darüber bin ich auch froh.Es geht auch um einen bayernweit fundierteren Überblick über die Lage hier im Land zu diesem Thema, zu dieser Misere. Frau Ministerin, sagen Sie uns doch endlich, was die Bayerische Staatsregierung vorhat, wenn Sie schon monatelang davon sprechen, eine BayKiBiG-Reform einzubringen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Doris Rauscher (SPD): Halten Sie die Mitglieder hier im Parlament nicht immer klein. Legen Sie auf den Tisch, was Sie planen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Kollegin Melanie Huml. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Melanie Huml (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Rauscher, Sie haben damit begonnen, dass wir schon seit vielen Jahren reden würden und dass quasi nichts passierte. Aber so ist es doch nicht. Ja, es könnte auch immer noch mehr sein, das ist korrekt. Wenn man sich aber allein die Zahlen anschaut – ich finde es immer gut, wenn man sich an den Fakten orientiert –, ist es eben so, dass sich die Zahl der Beschäftigten im Kitabereich seit 2011 nahezu verdoppelt hat: 95 % plus an Beschäftigten seit 2011. Da kann man doch, bitte, nicht sagen, dass nur geredet wurde. Nein, hier wurde auch gehandelt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist richtig: Wir brauchen immer noch mehr Menschen, die sich gerade in den sozialen Berufen engagieren und hier Verantwortung übernehmen wollen. Dazu gehören diejenigen, die bei uns leben und hier die Ausbildung oder das Studium absolvieren, aber es gehört dazu eben auch, worum es in Ihrem ersten Antrag geht bzw. in Antrag Nummer VII: die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Auch hier haben wir zugestimmt, weil es ein Berichtsantrag ist und wir nichts dagegen haben, uns berichten zu lassen, dass das eine oder andere schon auf dem Weg ist.

Ich darf kurz erwähnen: Sie sagen, alles dauert zu lange. Ich habe mir auch hier noch einmal die Zahlen geben lassen: Momentan ist es eben so, dass die Anerkennungsdauer in Bayern durchschnittlich 23 Tage für das eine Berufsfeld und 30 Tage für das andere Berufsfeld beträgt. Das heißt, im Schnitt zwischen 23 und 30 Tagen. Auch das ist für ein Anerkennungsverfahren bei ausländischen Berufsabschlüssen wirklich eine richtig gute Zahl. Also lassen Sie bitte auch hier doch die Zahlen sprechen. Deswegen brauchen wir auch keine neuen bürokratischen Dinge, sondern wir haben einen funktionierenden Prozess.

Wir haben übrigens auch eine Fastlane, und zwar, wenn es eben darum geht, dass man im Einzelfall dem Einsatz ausländischer Fachkräfte hier eben durch die Betriebserlaubnisbehörde ohne formale Gleichwertigkeitsfeststellungsprüfung zustimmen kann. Das ist eben jetzt schon möglich. Ich will einfach noch einmal sagen: Ja, wir lassen uns den Bericht gerne geben, aber es ist nicht so, wie es in dem Antrag steht, dass eben noch nichts da ist. Auch das möchte ich an der Stelle noch einmal klarstellen. Wir haben hier schon gehandelt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihr zweiter Antrag – es sind ja insgesamt vier – zielt darauf ab, Fachkräfte zu gewinnen. Wer wollte das nicht? Das ist auch unser Bestreben, deswegen handeln wir ja auch. Sie haben in dem Antrag davon geschrieben, dass man Schulversuche wie KiPrax in die Tat umsetzen sollte, dass die Erkenntnisse umgesetzt werden sollen. Ich kann Ihnen sagen: Es wird im Kindergartenjahr 2025/26 begonnen. In wenigen Monaten setzen wir also KiPrax bereits um, also das, was an Erkenntnissen von dem Schulversuch da ist. Nach Ihrem Antrag hat man den Eindruck, dass es ewig dauert und auf die lange Bank geschoben wird. Das ist nicht so. In wenigen Monaten wird es umgesetzt. Ich denke, das ist ein starkes Zeichen, das wir hier geben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sagen, wir bräuchten eine neue starke Kampagne für soziale Berufe. Wir haben die Herzwerkerkampagne. Ich kann Ihnen sagen: Ich war mehrfach vor Ort dabei. Ja, die Kampagne ist aus dem Jahr 2010. Man könnte sagen, das muss man alles ändern, aber die ist auch weiterentwickelt worden. Wenn man wirklich dabei ist, sieht man, wie sich die Kinder begeistern lassen. Ich habe erlebt, dass eine junge Frau, die eigentlich studieren wollte, danach gesagt hat: Nein, sie hat gemerkt, dass diese soziale Ausbildung für sie das Richtige wäre. Daher ist diese Herzwerkerkampagne wirklich eine gute Kampagne. Lassen Sie uns lieber gemeinsam noch mehr dafür werben und nicht neue Kampagnen auf den Weg bringen. Nehmen wir, was wir

haben, gehen damit weiter und setzen das um. Ihr Antrag klingt so, als gäbe es in Bayern keine Ideen. So ist es nicht, sondern vieles ist bei uns hier schon gelebter Alltag. Daher keine kosmetische PR, sondern eben eine Kommunikation, die wir schon umsetzen.

Schauen wir uns den dritten Antrag an: bessere Bedingungen in der Ausbildung. Sehen wir uns Ihren Antrag einmal genauer an. Das ist ein wichtiges Thema, das finden wir auch, aber wenn man die Forderungen betrachtet, stellt man fest: Sie verkennen halt die Realität und untergraben auch die Verantwortung der Träger. Nach wie vor ist nämlich der Bereich der Kinderbetreuung schlichtweg kommunale Aufgabe. Deswegen auch hier: Wenn Sie möchten, dass wir zum Beispiel die Auszubildenden aus dem Anstellungsschlüssel herausnehmen, würde das möglicherweise dazu führen, dass kleine Träger das finanziell gar nicht selbst stemmen können. Momentan ist es nämlich so, dass der Freistaat Bayern mitfinanziert.

Übrigens haben wir eine kindbezogene Förderung und nur indirekt eine Personalkostenförderung. Daher ist, was Sie fordern, auch von der Systematik her einfach schwierig umzusetzen. Ich finde, wir brauchen in der Praxis weniger Kosten-, sondern mehr Planungssicherheit. Wir brauchen eben mehr Ausbildungsplätze. Wir dürfen auch nicht in die Tarifautonomie eingreifen. Wir wollen nicht, dass der Staat alles vorgibt. Lasst die Tarifpartner miteinander verhandeln und das Ergebnis entsprechend in die Umsetzung bringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie dann auch noch Qualitätsbegleitung fordern, muss man eben sagen: Die wird zum Großteil schon kostenfrei angeboten. Auch da, glaube ich, sind wir schon gut dabei.

Vierter Antrag: regionale Unterschiede anerkennen. Wir haben regionale Unterschiede. Jetzt wollen Sie aber, dass wir das noch einmal genauer erforschen. Ich kann Ihnen sagen: Wir hören immer wieder, gerade auch von der Opposition, dass wir doch

bitte nicht mehr Bürokratie verursachen sollen. Jetzt wollen Sie hier neue Statistiken einführen? Wir sind gerade mit unseren Modernisierungsgesetzen dabei, Statistik eher zu drücken. Im Zweiten Modernisierungsgesetz ist klar von einem Statistikmoratorium die Rede. Dann wollen Sie, dass wir heute beschließen, dass es mehr Statistiken geben soll? Diesen Widerspruch können und wollen wir nicht mitmachen.

Wir wissen durchaus, dass die Situation in Bayern unterschiedlich ist, aber es braucht dann keine große neue Statistikerei. Wir wollen eben keine neuen Berichtspflichten, sondern wir haben Vertrauen in die Kindergärten, die Kindertagesstätten, die Krippen vor Ort und die Kommunen, die auch verantwortlich damit umgehen. Das heißt, wir wollen nicht bürokratischer werden, wir wollen nicht aufwendiger werden. Wir wollen an der Praxis orientiert sein. Da sehen wir eben, dass eine zentrale Datenbank nichts bringen wird. Weniger Bürokratie ist unser Ansatz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Weniger Bürokratie ist auch einer der Punkte, den die Ministerin in Zukunft mit auf den Weg bringen möchte, ohne jetzt schon zu viel vorzugreifen, was in der Zukunft liegt. Heute ist im Kabinett einer der ersten Bausteine des neuen BayKiBiG gelegt worden, indem das Kinderstartgeld auf den Weg gebracht wurde. Das ist der Bereich, bei dem wir gesagt haben, dass wir das Geld, das wir dann frei haben, in die Strukturen geben möchten, dass es weiterhin bei den Familien ankommt. In diesem Sinne danke, dass heute der Beginn war.

Auch wir wollen, dass weiter mit Dynamik gearbeitet wird, um die Dinge umsetzen zu können. Das heißt eben auch, wie es im Koalitionsvertrag mit den FREIEN WÄHLERN vereinbart ist, mehr Personal in die Kindertagesstätten zu geben, weniger Bürokratie. Das ist der Weg, den die CSU gehen will. Wir wollen natürlich auch mehr Menschen begeistern und für den Beruf motivieren. Wenn wir immer nur negativ davon sprechen, bedeutet das nicht, dass mehr Leute Begeisterung dafür haben.

(Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

Wir freuen uns und danken allen, die dort tätig sind; denn sie leisten Großartiges für unsere Kinder. Daher vielen Dank an die vielen, die in den Kindertagesstätten tätig sind. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Franz Schmid.

(Beifall bei der AfD)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Franz Schmid (AfD): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vizepräsident! Ich möchte Ihnen ganz deutlich sagen: Unsere Kindertagesstätten sind kein Experimentierfeld für Symbolpolitik, sondern das Fundament unserer Gesellschaft. Die hier vorliegenden Anträge sind allesamt Symbolpolitik, aber kein echter Kurswechsel.

(Beifall bei der AfD)

Grundsätzlich lehnen wir keinen Berichtsantrag ab, der nicht völliger Unfug ist. Allerdings müssen wir uns in diesem Fall enthalten; denn ganz ehrlich: Wo ist hier eigentlich die übergeordnete Dringlichkeit? Bayern bewegt sich im Rahmen der üblichen Anerkennungsverfahren. Im Notfall – das scheint mir oft vergessen zu werden – kann jede Einrichtung per Personalzustimmung die Eignung von Personal im Einzelfall feststellen lassen.

Natürlich sind wir als AfD mit den Einrichtungen solidarisch. Ich sage aber auch deutlich: Bildung im Kindergartenbereich ist und bleibt extrem sensibel. Wir reden hier über die entscheidenden Jahre, in denen die Kinder prägende Grundlagen für ihre Zukunft entwickeln. Sollen wir blindlings beschleunigen, ohne zu prüfen, ob das Personal fachlich auch wirklich geeignet ist?

Wer glaubt, mehr Anerkennungen steigerten sofort die Qualität, täuscht sich. Eine papiermäßige Erhöhung der Fachkräftequote hilft keinem Kind. Unser Anspruch müssen gute, qualifizierte Pädagogen bleiben. Was wir brauchen, ist eine Entlastung im System. Die Lösung ist klar keine Masseneinwanderung, sondern ein Einwanderungsstopp und Remigration.

Das Gleiche gilt für den Antrag VIII, mehr Studienplätze und neue Programme. Laut DJI sei der Bedarf an Studienplätzen gedeckt. So gut und sinnvoll die praxisintegrierte Ausbildung zum Erzieher, das sozialpädagogische Einführungsjahr und das KiPrax-Modell auch sind, solange das Grundproblem der Kitas, nämlich überfüllte, viel zu laute und mit zu wenig Personal ausgestattete Einrichtungen, nicht gelöst wird, werden all diese Programme nichts bewirken. Was nützt die beste Ausbildung, wenn am Ende jede fünfte Erzieherin das Handtuch wirft, weil die Realität in den Kitas – überfüllte Gruppen, Lärm, Überforderung und Burn-out – nicht mehr auszuhalten ist? Fragen Sie all jene, die nach drei Jahren Ausbildung in der Praxis landen, warum sie oft noch im ersten Jahr die Flucht ergreifen. Das Problem liegt nicht im akademischen Angebot, sondern in den Arbeitsbedingungen.

Programme mit Praxisbezug sind ohne Frage sinnvoll. Sie sind aber bereits vorhanden und werden weiterentwickelt. In letzter Konsequenz helfen sie auch kaum, solange die Basis der Arbeit nicht endlich gestärkt wird. Deshalb lehnen wir diesen in unseren Augen überflüssigen Antrag ab.

Ähnlich verhält es sich auch mit dem Antrag IX, Stärkung der Ausbildung. Was großartig klingt, bedeutet Vereinheitlichung, Gleichmacherei und Überregulierung. Wir brauchen das Gegenteil. Wir brauchen unterschiedliche Qualifikationen – Kinderpfleger und Fachkräfte mit jeweils eigenen Kompetenzen.

Mit Ihrer Forderung nach psychologischen Gesprächsangeboten für Auszubildende werden Aufgaben auf den Staat verschoben, die in die Verantwortung der Träger gehören. Wie immer bleiben auch bei diesem Antrag die Finanzierung und die praktische

Umsetzung völlig offen. Psychische Belastungen des Kindergartenpersonals lösen wir aber nicht durch bestellte Ministeriumsformulare, sondern immer noch im Team, in der Gemeinschaft, in der Praxis vor Ort.

Zu guter Letzt steht ein weiterer Antrag zur Datenerhebung und Analyse. Wo angeblich der große Überblick mit viel bürokratischem Aufwand geschaffen werden soll, brauchen wir und auch Tausende von Kommunen im Freistaat keine neuen Daten. Die Realität zeigt längst die völlige Unterfinanzierung ländlicher Kindergärten.

Geld für Kitas fehlt, aber das Geld reicht, um regelmäßig friedliche Aktivisten mit Hausdurchsuchungen zu drangsalieren. Brandaktuell: Heute in der Früh haben 20 bis 30 Einsatzkräfte in München und weitere Polizisten in anderen Teilen Bayerns die Wohnungen von Aktivisten durchsucht, die sich einem Ausreiseverbot widersetzt haben und zu einem Remigrationskongress nach Mailand fuhren. Mindestens eine Tür wurde zerstört, Zimmer wurden durchforstet, und das wegen friedlichem Aktivismus für Deutschland. Patrioten bis nach Mailand zu verfolgen, ist in Bayern anscheinend wichtiger als das Wohl unserer Kinder.

(Beifall bei der AfD)

Der Freistaat muss seine Prioritäten überdenken. Wir brauchen Geld für die Kinder und nicht gegen die Opposition.

Ohne eine ausreichende Betriebskostenförderung wird sich die Situation für die bayerischen Gemeinden auch nicht ändern. Über die Hälfte der Kinder in Bayern wird in viel zu großen Gruppen betreut. Die von der Staatsregierung oft gepriesenen Personalschlüssel verschleiern, dass all die Ausfälle, die Verwaltungszeiten und die Teamarbeit überhaupt nicht einberechnet werden. Nur 60 % der Zeit bleibt für die Kinder. Der Rest sind Lücken, Überstunden, Ausfälle und Papierkram. Dann sollen unsere Erzieherinnen auch noch Traumatherapie improvisieren, Inklusion stemmen und Integration leisten, und das alles natürlich quasi umsonst.

All diese Anträge greifen an der Oberfläche. Was vor Ort fehlt, ist eine echte Entlastung und vor allem mehr Zeit für die Kinder, für unsere Kinder, für die Familien, für Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Anton Rittel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wir sprechen heute über die Anträge der SPD-Fraktion zur Verbesserung der Situation in unseren Kindertagesstätten. Ich sage gleich zu Beginn: Es ist gut, dass wir uns mit den Herausforderungen in diesem wichtigen Bereich beschäftigen. Was die SPD jedoch vorlegt, ist bereits weitgehend umgesetzt oder die Staatsregierung ist dafür nicht zuständig.

Zum ersten Antrag: Diesem Berichtsantrag zu einer unbürokratischen Anerkennung ausländischer Mitarbeiter stimmen wir noch zu. Bayern ist hier schon gut unterwegs. Bei vollständiger Vorlage der Unterlagen hat Bayern mit einer Bearbeitungsdauer von 23 bis 30 Tagen eines der schnellsten Systeme. Wir sagen Ja zur Integration ausländischer Fachkräfte, allerdings mit Augenmaß und einer Qualitätssicherung. Eine unkritische Anerkennung von Abschlüssen könnte zu Fehlbesetzungen und zu Problemen in der Praxis und zu einem Qualitätsverlust in der Kinderbetreuung führen. Dennoch stimmen wir diesem Berichtsantrag zu.

(Anna Rasehorn (SPD): Sehr gut!)

Fachkräftegewinnung und Stärkung der Ausbildung: Wir brauchen in der Ausbildung mehr Praxis. Darum haben wir in Bayern den Modellversuch KiPrax, der 2025/2026 in Betrieb geht. Dieser Schulversuch wird sehr gut angenommen; er ist an den Schulen, die daran teilnehmen, bereits ausgebucht. Bei diesem Modell wird der wöchentliche Praxisanteil von sechs auf zwölf Praxisstunden erhöht. Leider kann man diesen Pra-

xisanteil nicht mehr viel weiter erhöhen, weil es sonst keine schulische, sondern eine duale Ausbildung ist; das ist ganz wichtig zu wissen. Das Programm ist ähnlich dem Programm PivA, das es in Hessen gibt.

Die Bezahlung bei dieser Ausbildung übernehmen zum Teil die Kommunen bzw. die Träger und das Kultusministerium über das BAföG; denn es gibt zwei unterschiedliche Ausbildungen. Bei der schulischen Ausbildung ist der Praxisanteil weniger als 50 %, und es betrifft hauptsächlich das Gesundheits- und das Sozialwesen. Das ist über die Bundesländer geregelt. Das muss man wissen. Bei den kaufmännischen Berufen gibt es die duale Ausbildung. Für die gewerblich-technischen Berufen und die Handwerksberufe sind, das ist im Berufsbildungsgesetz der Bundesrepublik geregelt, die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern zuständig.

Die Ausbildung der Kinderpfleger müsste meiner Meinung nach auf der Bundesebene in Berlin geregelt werden, weil sie zu einer dualen Ausbildung gemacht werden müsste. Damit würde das auch automatisch bundeseinheitlich, und alle Auszubildenden in Deutschland wären gleichgestellt.

Es wäre eine duale Ausbildung mit einem Arbeitsverhältnis, weil es keine schulische Ausbildung ist. Damit wären die Arbeitgeber über die Ausbildungsvergütung zur Bezahlung verpflichtet. Die Vergütung müssten die Träger zahlen, was sie wahrscheinlich nicht machen würden. Deshalb müsste man die Auszubildenden zu einem geringen Prozentsatz in den Betreuungsschlüssel aufnehmen; sie müssten mit angerechnet werden. Dadurch könnten die Träger eine Teilfinanzierung leisten, und es wäre für die Träger der Kindertagesstätten lukrativ, einen Lehrling einzustellen. Außerdem müssten so alle Betreuungskräfte in den Betreuungsschlüssel aufgenommen werden.

Auch junge Erwachsene könnten eine Verantwortung übernehmen bzw. eine geringe Verantwortung bei der Betreuung übernehmen, indem sie zum Beispiel Geschichten vorlesen. Ein Lehrling kann ruhig einmal fünf Kinder betreuen. Er kann mit ihnen in

einer Ecke sitzen und ihnen vorlesen. Die Kinder wären dann aufgeräumt, sie würden betreut und dabei sogar noch gebildet.

Der Beruf hätte eine ganz andere Wertschätzung, weil Verantwortung auf die Jugendlichen übertragen würde, die Aufgaben übernehmen müssten. Sie wie im Antrag gefordert, aus dem Anstellungsschlüssel herauszunehmen, wäre meiner Meinung nach ein großer Fehler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn man den Lehrlingen Geld bezahlen könnte, wie das bei KiPrax teilweise der Fall ist, wobei das hier Vater Staat, also wir, zahlen müsste, wären wahrscheinlich wieder mehr Schulabgänger bereit, in den Beruf einzutreten. Ich kenne es aus dem eigenen Bekanntenkreis. Eine Jugendliche aus der Haupt- bzw. aus der Mittelschule wollte Kinderpflegerin lernen. Sie durfte das nicht, weil der Vater zu viel verdient hat und sie deswegen kein BAföG bekommen und dann zwei Jahre kein Geld verdient hätte. Deshalb hat sie Einzelhandelskauffrau gelernt. Wenn sie Einzelhandelskauffrau lernt, haben wir im Kindergarten eine Betreuerin weniger. Das ist definitiv. Sie hat also im Einzelhandel gelernt und 800 Euro im Monat bekommen. Damit war das Thema erledigt.

Wenn die Ausbildung bezahlt würde, wäre sie auch kostenneutral, und die Kinderpfleger hätten eine bessere und breitere Ausbildung.Aber das muss in Berlin geregelt werden, ob wir das in Bayern wollen oder nicht. Das muss in Berlin geregelt werden, und ich glaube, das steht sogar im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD. Wenn Sie so jammern, dass keine Fachkräfte nachkommen, frage ich mich natürlich schon, warum das nicht schon in der letzten Legislaturperiode geregelt wurde und es so lange dauert, bis das endlich geregelt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Der Vollzug ist in Bayern!)

Dann haben wir noch den letzten Antrag. Da geht es um ein Bürokratiemonster. Diesen Antrag lehnen wir auf jeden Fall ab. Dazu gibt es auch nicht viel zu sagen. Er hindert die Fachkräfte über noch mehr Bürokratie an ihren eigentlichen Aufgaben, verbraucht Finanz- und Personalressourcen und bringt uns nicht weiter.

Die SPD-Anträge greifen zu kurz, ignorieren laufende Entwicklungen und blenden bestehende Erfolge bewusst aus.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Jawohl.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir von der Regierungskoalition lehnen die Anträge ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das Wichtigste hat er auch gesagt!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Kerstin Celina für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Situation in den Kitas ist ja Thema auf jeder Grill- und Gartenparty, bei der Arbeit und im Freundeskreis. Die Eltern erzählen, ob und wie sie einen Kitaplatz für ihr Kind gefunden haben, ob und wie es mit der Betreuung gerade wieder nicht klappt. Die Mitarbeiterinnen erzählen erschöpft, dass die Kollegin schon länger erkrankt ist und dass der Druck auf alle anderen hoch ist. Gespräche über Kitas, Betreuung und Herausforderungen im Alltag sind inzwischen der Klassiker beim Small Talk.

Die Unzufriedenheit hat Ursachen. Diese Ursachen könnten wir gemeinsam bekämpfen, wenn wir uns heute darauf einigen könnten. Deswegen führen wir die Debatte heute hier im Plenum in der Hoffnung, dass wir uns auch mal gemeinsam auf Lösungen einigen.

Wir beraten heute vier Anträge. Der erste thematisiert, wie unterschiedlich die Herausforderungen für die Kitas in den verschiedenen Regionen und an verschiedenen Standorten sind, und schlägt vor, die Datengrundlage zu verbessern. Das ist wichtig; denn wer landesweit gleiche Bildungschancen will, der muss diese Unterschiede sichtbar machen und dann gezielt ausgleichen, sodass diejenigen am meisten unterstützt werden, die am dringendsten Unterstützung brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wir GRÜNE fordern diese differenzierte Betrachtung seit Langem, aber die Politik mit der Gießkanne von CSU und FREIEN WÄHLERN führt hier nicht zum bestmöglichen Ergebnis.

Im zweiten Antrag geht es um die Verbesserung bei der Ausbildung, zum Beispiel, Auszubildende aus dem Anstellungsschlüssel zu nehmen – wir hatten das gerade –, die Kosten bei der Ausbildung zu refinanzieren und einiges mehr. Klar ist: Ohne gute, engagierte, gut ausgebildete und fair bezahlte Fachkräfte kann kein System funktionieren. Dass viele Erzieherinnen und Erzieher den Beruf frühzeitig verlassen, liegt nicht an mangelndem Idealismus, sondern an den Rahmenbedingungen. Wir brauchen strukturelle Verbesserungen, die Ausbildung muss attraktiver, die Praxisphasen müssen besser begleitet und die berufliche Bindung muss gezielt gefördert werden.

Im dritten Antrag geht es um bessere Anerkennung ausländischer und nicht bayerischer Abschlüsse. Kollegen und Kolleginnen, wenn Menschen aus dem Ausland oder aus anderen Bundesländern bereit sind, nach Bayern zu kommen und in unseren Kitas zu arbeiten, dann verdienen sie ein faires und transparentes Verfahren. Es schadet uns nämlich allen, wenn Anerkennungen Monate oder gar Jahre dauern und Bewerberinnen und Bewerber oft im Unklaren darüber gelassen werden, welche Unterlagen überhaupt notwendig sind. Hier geht es um Bürokratieabbau, es geht um Respekt und um die Freiheit der Kitaträger, geeignetes Personal entsprechend seiner Qualifikation einstellen und bezahlen zu können.

Gerade in einer mobilen Gesellschaft ist es nicht mehr zeitgemäß, dass jemand, der in Nordrhein-Westfalen als pädagogische Fachkraft arbeitet, in Bayern plötzlich als nicht ausreichend qualifiziert gilt. Wir brauchen hier einen föderalen Schulterschluss und den Mut, die Gemeinsamkeiten in den pädagogischen Kompetenzen stärker zu gewichten als die Unterschiede in den Bildungsplänen.

Im vierten Antrag geht es darum, einen attraktiven Beruf attraktiver nach außen hin zu machen, sodass Menschen, die sich für eine pädagogische Ausbildung eignen, sich auch dafür entscheiden. Es fehlen 6.000 Vollzeitmitarbeiter:innen in Kitas in Bayern, dazu viele in der Kinder- und Jugendhilfe, Tendenz steigend.

Es gibt viele verschiedene Wege zum Ziel. Auf allen fachlichen Ebenen werden Menschen gebraucht, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Lassen Sie es uns ihnen einfacher machen, lassen Sie uns die verschiedenen Wege attraktiver machen, dann kommen wir auch gemeinsam zum Ziel.

Ich möchte im Namen meiner Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausdrücklich unsere Zustimmung und Unterstützung für diese Initiativen erklären; denn wir alle wissen: Die Qualität frühkindlicher Bildung entscheidet nicht nur über Bildungsgerechtigkeit, sie ist auch eine Investition in die soziale und demokratische Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die Staatsregierung hat die Staatsministerin Ulrike Scharf um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst im Mai hat das Ifo-Institut eine neue Studie auf den Weg gebracht, die uns wieder einmal bescheinigt: Bayern ist das familienfreundlichste Land in der ganzen Republik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich freue mich sehr über diese Feststellung. Bayern ist Familienland, und Bayern ist ein Land für unsere Kinder. Beste Bildung und Betreuung stehen ganz oben auf unserer Agenda. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben viel geschafft, und ich möchte das heute auch mit einigen Zahlen belegen, aber es ist natürlich auch sehr viel in Bewegung.

Es ist sehr viel in Bewegung, und es wurde viel geschafft. Dafür will ich zuallererst den verschiedenen Ebenen danken, nämlich den Erzieherinnen und Erziehern, den Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern, den Teamkräften, den Assistenzkräften, allen, die in den Kitas beschäftigt sind. Ihr Einsatz ist wirklich beeindruckend. Ich habe großen Respekt und sage ein herzliches Dankeschön für das, was Sie jeden Tag für unsere Kinder leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann zu den Trägern, vielleicht sollte man das noch mal mehr betonen: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir haben 2.000 unterschiedliche Träger in unserem Freistaat, bei 10.800 Kitas. Ich freue mich über diese Vielfalt, weil jede Einrichtung mit einem eigenen Konzept und jede mit Sinn für das Richtige vorgeht und handelt. Auch das verdient größten Respekt.

Nun zur kommunalen Ebene: Die kommunale Ebene hat den Blick für die Besonderheiten von Ort und Region und das Wissen um Lösungen, die genau dort vor Ort passen. Unsere Kraft kommt aus den Kommunen.

Schließlich zur Landesebene: Wir schaffen die guten Voraussetzungen, wir stärken die Fachkräfte, die Träger, die Kommunen, und vor allen Dingen vertrauen wir auf alle, die näher dran sind.

Ich sage es noch einmal: Wir haben viel erreicht. Ich führe mir nur einige Zahlen vor Augen: In den letzten zehn Jahren sind über 180.000 Plätze in der Kinderbetreuung

neu dazugekommen. Wir haben fast 140.000 Kinder mehr, die in Betreuung sind. Heute sind 647.000 Kinder in Betreuung.

In der letzten Legislatur haben wir uns vorgenommen, 42.000 neue Plätze zu schaffen. Tatsächlich ist die Bilanz 73.000 neu geschaffene Plätze. Für diese Legislatur ist auch klar, dass es weitere 50.000 neue Plätze geben wird. Es gibt den Schulversuch KiPrax zur Verbesserung der Kinderpflegeausbildung, von dem wir heute schon einige Male gehört haben, und, ganz grundlegend, die Richtungsentscheidung unseres Ministerpräsidenten, das Bayerische Familiengeld weiterzuentwickeln. So haben wir es auch in unserem Koalitionsvertrag aufgeschrieben. Wir haben heute im Kabinett den Gesetzentwurf behandelt und beschlossen. Das ist die Basis für die großen Aufgaben, die anstehen. Das heißt in der Konsequenz, auch wenn es um die Kitareform geht: Wir werden bis 2030 eine Milliarde Euro mehr haben, um unsere Kinderbetreuung zu finanzieren. Wir entlasten die Erzieherinnen und Erzieher mit insgesamt 15.000 staatlich geförderten Teamkräften bis 2029 für unsere starken Teams und vor allen Dingen für mehr Zeit für jedes Kind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Ihren Antrag zur Integration von Fachkräften. Ja, es ist richtig erkannt, wir brauchen mehr Fachkräfte. Aber ich würde jetzt gut zuhören; denn es ist einiges genannt worden, bei dem ich froh bin, dass ich es geraderücken kann:

Wir haben bei der Anerkennung von Abschlüssen als Sozialpädagogin, Sozialpädagoge oder Kindheitspädagoge viel erreicht. Die Verfahren sind zentralisiert, sie sind digitalisiert, sie sind entstaubt und entschlackt. Im Ergebnis heißt das kurze Verfahren. Wir haben es heute gehört: Es sind 30 Tage bei der Kindheitspädagogik oder gerade mal 23 Tage bei den Sozialpädagogen.Wenn der Abschluss in einem anderen Bundesland schon anerkannt ist, dann dauert die Anerkennung genau null Tage. Liebe Frau Celina, bitte genau zuhören und nicht von Monaten und Jahren sprechen. Wenn der Abschluss in Hamburg, in Hessen oder in Sachsen anerkannt ist, dann gilt er auch bei uns. Punkt. Deswegen brauchen wir keinen neuen Antrag von Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Vielleicht liegt es nicht am Verfahren, sondern einfach nur an Ihrer Vorstellung davon, dass Sie immer von kompliziert und langwierig sprechen. Das gilt auch für andere Qualifikationen. Wir haben in Bayern kurze Wege und kurze Verfahren. Wir haben hier sehr viel mehr Flexibilität. Das Jugendamt vor Ort entscheidet. Die Jugendämter vor Ort wissen ganz genau, was zählt. Sie kennen die Potenziale und nutzen sie auch. Darauf vertrauen wir.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, wie wir Personal gewinnen. Das will ich noch einmal mit Zahlen untermauern: Mit plus 95 % haben wir die Zahl der Beschäftigten in den bayerischen Kitas fast verdoppelt. Wir kümmern uns um mehr Studienplätze für Sozialpädagogik und Kindheitspädagogik: in der letzten Legislatur zusätzlich 400 neue Studienplätze, in dieser Legislatur noch einmal 200 zusätzliche Studienplätze. KiPrax möchte ich noch einmal erwähnen, weil die Kinderpflegeausbildung im September mit dem Schulversuch in der Praxis starten wird. Wir haben hier ein klares Ziel, nämlich auszuwerten, was wir an Wissen und an Schlüssen aus diesem Versuch ziehen, und vor allen Dingen die Ergebnisse dieser Auswertung umzusetzen. Der Versuch macht klug. Das gilt aber nicht für Ihre Ungeduld. Deshalb ist dieser Antrag auch abzulehnen.

Ihr nächster Vorschlag ist, die Ausbildung zu verbessern. Das klingt grundsätzlich ganz gut; aber die Frage ist, was man wirklich davon hält. Auszubildende sollen – obwohl sie gute Arbeit leisten – aus dem Personalschlüssel herausgenommen und am besten vom Freistaat bezahlt werden. Dann wird alles anders und besser. Ich kann nur sagen: Es wird komplizierter, und es wird bürokratischer. Das ist kein Plan, das ist wie Kraut und Rüben und vor allen Dingen wieder mehr Bürokratie. Das wollen wir nicht.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigen Sie ganz kurz. Bitte mehr Ruhe und die Einzelgespräche auf der Regierungsbank und im Plenarsaal einstellen!

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Sie wollen mehr Verwaltung statt mehr Kinderbetreuung, und das ist wirklich kein Fortschritt, sondern es wäre ein Rückschritt. Wichtig ist, dass wir entbürokratisieren. Dabei sind wir auf einem sehr guten Weg.

Abschließend fordern Sie in einem der Anträge eine einheitliche Vergütung im sozialpädagogischen Einführungsjahr. Ich glaube, jetzt müssen wir noch einmal ganz kurz zurück in die Schulzeit und zum Schulwissen. Stichwort: Tarifautonomie. Es steht nicht nur im Lehrbuch, sondern es steht auch bei uns im Grundgesetz. Liebe Genossinnen und Genossen, Sie kennen die Aufgabe der Gewerkschaften, nämlich die Tarifverträge mit den Arbeitgebern zu verhandeln und abzuschließen. Wenn Sie sich einen anderen Tarifvertrag wünschen, dann rufen Sie bitte die Gewerkschaften an und teilen ihnen Ihre Wünsche für deren nächste Verhandlung mit.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen mehr Fachkräfte in den Kitas. Das steht fest. Ihre Antwort darauf ist wieder so viel mehr Bürokratie. Man könnte meinen, Papier wäre ein Fachkraftersatz: neue Statistiken, neue Berichtspflichten und damit genau das, was wir nicht wollen. Als ob Zahlen Kinder trösten könnten. Diese Bürokratie, die Sie hier vorschlagen, stört mich unglaublich. Wir haben das Zweite Modernisierungsgesetz beschlossen und das Vierte heute im Kabinett auf den Weg gebracht. Im Zweiten Modernisierungsgesetz steht ganz klar das Statistikmoratorium. Das sollten Sie sich noch einmal ansehen; denn für uns ist wichtig, keine neuen Formulare zu produzieren, nicht mehr Arbeit mit Papier zu produzieren, sondern Zeit für die Kinder und die frühkindliche Bildung zu haben.

Ich frage mich, wer diese Angaben machen will. Vielleicht fügen Sie das Ihrem Antrag noch bei. Wir wollen, dass unsere Fachkräfte die Kinder stärken, und nicht, dass sie Daten eintippen. Ich setze auf Vertrauen, und Sie setzen auf Kontrolle. Ich baue auf

die Kompetenz vor Ort. Das nennen wir Subsidiarität; aber ich glaube, Sie müssen noch in sich gehen und noch einmal darüber nachdenken.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss darf ich Ihnen noch ein paar wenige Zahlen zur Erzieherausbildung, die heute in diesen Anträgen genannt wird, präsentieren: Wir haben sie straffer und moderner gemacht und um ein Jahr verkürzt. Wir haben mittlerweile 81 Fachakademien für Sozialpädagogik. Ich erlebe es ganz konkret bei mir im eigenen Landkreis. Wir haben im Landkreis Erding seit Langem eine Fachakademie beantragt und jetzt bekommen. Sie ist ausgelastet. Der Beruf ist hochattraktiv, und ich freue mich über 81 Fachakademien. Das sind 30 mehr als vor 15 Jahren. Die Ausbildungskapazität ist da. Zudem vergessen viele, dass beim erfolgreichen Abschluss der Erzieherausbildung ein Meisterbonus von 3.000 Euro bezahlt wird. Wir haben unser Quereinsteigerprogramm, das ein echter Erfolg ist. Der 700. Kurs startet in Kürze. Tausende von Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit einer riesigen Begeisterung für diesen Beruf haben das Programm absolviert. Egal, was sie vorher gemacht haben, sie haben sich für die Arbeit mit den Kindern entschieden. Sie sind begeistert am Werk und für uns ganz wichtig.

Liebe Kollegin Rauscher, zum Abschluss kann ich nur sagen, dass ich die Ungeduld verstehen kann, wenn es um die Kitareform geht. Man kann sie über solche Anträge ruhig noch einmal dokumentieren; aber ich kann es nicht verstehen, dass man hier vorne steht und von unzureichenden, von ganz schlimmen und schlechten und ganz negativen Verhältnissen in Bezug auf unsere bayerischen Kitas spricht. Das ärgert mich massiv. Ihre Anträge helfen nicht weiter und sollen auch abgelehnt werden.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion vor. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Verehrte Frau Ministerin, Sie können mir glauben, draußen in der Praxis sind sehr viele dankbar, dass es ein Sprachrohr für ihre tägliche Arbeit hier im Hohen Haus gibt. Ich lasse mich von Ihren Aussagen, alles schlechtzureden, nicht kleinmachen.

(Beifall bei der SPD)

Inhalte dieser Anträge sind unter anderem Ergebnisse einer Anhörung, die wir hier im Hohen Haus im Sozialausschuss durchgeführt haben. Das ist nicht rein auf dem Mist der Fraktionen gewachsen, sondern das sind unter anderem Bitten von Trägern.

Ich würde gerne noch wissen, was Sie in den nächsten Monaten konkret über die Umschichtung von Familien- und Krippengeld hinaus zur besseren Förderung von Kindertagesbetreuung vorhaben. Was machen Sie mit einer Verbesserung der Gewichtungsfaktoren, dem Anstellungsschlüssel? Wann refinanzieren Sie OptiPrax wirklich so, dass die Auszubildenden tatsächlich ein angemessenes Gehalt, vielleicht im Rahmen eines Tariftreuegesetzes, erhalten?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Sehr geehrte Kollegin, die Redezeit ist um!

Doris Rauscher (SPD): Das sind viele kleine Aspekte, die über Ihre Maßnahmen hinaus am Ende zum Erfolg führen können. Es ist wirklich Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Liebe Frau Kollegin Rauscher, ich habe versprochen, dass wir eine Kitareform durchführen. Wir haben in unserem Koalitionsvertrag festgeschrieben, das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz weiterzuentwickeln. Wenn Sie zugehört oder die heutigen Entwicklungen verfolgt haben, haben Sie festgestellt, dass die Grundsatzentscheidung im Kabinett gefallen ist. Wir entwickeln das Bayerische Familiengeld derart weiter, dass ein Kinderstartgeld ab 01.01.2026 bezahlt wird.

Dieser Gesetzentwurf, den wir heute im Kabinett beschlossen haben, wird in Kürze im Landtag eingebracht. Das ist die Grundlage. Wir brauchen neben den verschiedenen Dingen, die wirklich auf den Weg gebracht werden müssen, mehr Geld im System. Wir müssen das BayKiBiG als Gesetz ändern. Heute haben wir mit dem Kinderstartgeld die Grundlage geschaffen. Diese frei werdenden Mittel aus dem Bayerischen Familiengeld fließen in die Strukturen. Jetzt geht es ums Detail, und selbstverständlich werden der Bayerische Landtag und der zuständige Ausschuss hiermit befasst. Alles, was Sie jetzt genannt haben, ob das der Basiswert oder die Gewichtung ist, wird diskutiert und letztlich hier beschlossen. Das Gesetz wird hier gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt werden hierfür die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt: Dem Antrag auf Drucksache 19/5475 ist zugestimmt worden, die übrigen drei Anträge sind abgelehnt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich noch das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 3, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 160 Abgeordnete teilgenommen. Eine

Stimme war ungültig. Auf Herrn Abgeordneten Nolte entfielen 23 Ja-Stimmen und 135 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich ein Kollege. Damit hat der Abgeordnete Nolte die erforderliche Mehrheit der Stimmen nicht erreicht. Der Tagesordnungspunkt 3 ist hiermit erledigt.

Ich gebe noch das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl einer Schriftführerin des Bayerischen Landtags bekannt. Das ist der Tagesordnungspunkt 4. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 158 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren null Stimmen. Auf Frau Abgeordnete Storm entfielen 23 Ja-Stimmen und 131 Nein-Stimmen. Vier Kollegen haben sich ihrer Stimme enthalten. Damit hat Frau Abgeordnete Storm nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.